



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort – Sperrfrist: Redebeginn

Nr. 127 / 2012

Kiel, Mittwoch, 21. März 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Infrastruktur / Breitbandversorgung

Christopher Vogt: Breitbandversorgung flächendeckend gewährleisten!

In seiner Rede zu **TOP 46** (Flächendeckende Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein) sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Eine gut funktionierende Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass in unserem Bundesland wirtschaftliches Wachstum entstehen und die Lebensqualität erhöht werden kann. Schnelle Internetverbindungen haben eine immer größere Bedeutung bei der Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen. Die Breitbandversorgung muss deshalb im ganzen Land möglichst zügig ausgebaut werden. Die Grundversorgung ist mittlerweile weitestgehend gewährleistet, es geht jetzt um das Erreichen des gesetzten Ziels, bis zum Jahr 2020 flächendeckend 100 Mbit/s zu erreichen.“

Im Flächenland Schleswig-Holstein gebe es viele kleine Unternehmen und Freiberufler, für die es zunehmend von existenzieller Bedeutung sei, möglichst schnell sehr große Datenmengen bezahlbar übertragen zu können. Dabei dürfe nicht ausgeblendet werden, dass der Breitbandausbau ja nicht nur für Unternehmen und Freiberufler in der Fläche wichtig sei, sondern zunehmend auch für Privathaushalte. Es ginge somit auch um die Attraktivität der Wohnstandorte, so Vogt weiter.

„Die FDP-Landtagsfraktion will den Versorgungsgrad im Breitbandbereich möglichst schnell weiter erhöhen. Schleswig-Holstein steht in diesem Infrastrukturbereich ausnahmsweise auch im bundesweiten Vergleich gut da. Wir müssen uns in den nächsten Jahren allerdings noch besser aufstellen. Es gilt bei den öffentlichen Förderprogrammen zur Verbesserung der Breitbandversorgung ja völlig zu Recht das Prinzip, dass nur dort gefördert werden soll, wo ausreichende Marktlösungen nicht zustande kommen“, so Vogt. Die bestehenden öffentlichen Programme unterstützen die Kommunen unter anderem bei der Förderung von Machbarkeitsstudien und Beratungsleistungen.

„Neben Landesmitteln in Höhe von drei Millionen Euro pro Jahr sollen auch weiterhin die vorhandenen Fördermittel des Bundes und der Europäischen Union für den weiteren Breitbandausbau in Anspruch genommen werden, um eine vollständige, flächendeckende Breitbandversorgung zu gewährleisten“, so Vogt abschließend.